

Kurzintervention des Abgeordneten Ströbele bei der Debatte zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO

Danke, Frau Präsidentin. –

Ich habe mich gemeldet, Herr Kollege Otte, weil das Ziel, der Sinn, der Zweck dieses Kriegseinsatzes der Bundeswehr nicht nur von den verschiedenen Rednern unterschiedlich dargestellt worden ist, sondern in Ihrem Beitrag sogar gewechselt hat. Geht es beim Kriegseinsatz der Bundeswehr dort darum, die Konsequenzen aus dem 11. September 2001 zu ziehen – das ist lange her –, oder geht es darum, Straßen und Brücken zu bauen, oder geht es darum, freie Wahlen zu ermöglichen? Zu all dem findet sich in dem ursprünglichen Auftrag der UNO überhaupt nicht.

Ich bin ja von Anfang an dabei und kenne auch die Debatten seit dem November 2001. Deshalb habe ich eine Frage. Diese Frage wollte ich Ihnen während Ihrer Rede stellen; jetzt mache ich es im Rahmen einer Kurzintervention. Wir stimmen hier nicht über ein Abzugsmandat ab. Wir stimmen hier heute in der namentlichen Abstimmung über die Fortsetzung des Kriegsmandates ab. Soll weitere zehn Monate wie bisher in Afghanistan Krieg geführt werden? Das heißt, werden weiterhin gezielte Tötungsaktionen, sei es durch US-Drohnen im deutschen Verantwortungsbereich, sei es durch Kommandounternehmen im deutschen Verantwortungsbereich – möglicherweise mit deutscher Beteiligung –, und andere kriegerische Einsätze durchgeführt? Darum geht es hier. Für einen Abzug brauchen Sie kein Bundestagsmandat.

Die deutschen Soldaten können jederzeit abziehen, wenn der Krieg zu Ende ist oder das Ende des Krieges erklärt wird. Das heißt, wir müssen uns darüber im Klaren sein: Jeder, der hier für dieses Mandat stimmt, übernimmt die Verantwortung für die Tötung weiterer Menschen, Zivilisten, Angehöriger der afghanischen Sicherheitskräfte, aber auch der deutschen Bundeswehr oder anderer NATO-Streitkräfte, im deutschen Verantwortungsbereich. Das ist die Frage, um die es jetzt geht. Es darf nicht darum herumgeredet werden. Die Verteidigungsministerin, die ja bezeichnenderweise hier heute nicht dazu spricht, hat zu keinem Zeitpunkt gesagt, was es eigentlich bedeutet, dass wir den Krieg dort jetzt noch weitere zehn Monate fortführen, obwohl wir wissen, dass der Krieg verloren ist. Für die weiteren Tötungen, die dort stattfinden, gibt es damit überhaupt keine Berechtigung.